

6 Punkte-Programm für Liechtenstein

Ergebnisse der Sommer-Workshops der FBP-Fraktion

Unser liberales Wirtschaftsverständnis ist das Erfolgsmodell, welches es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Wohlstand zu leben. Es verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft. In der aktuell schwierigen Situation bedeutet dies: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.

Generationengerechtigkeit erfordert, mit dem Vermögen des Staates sorgsam umzugehen und mit Investitionen in Innovationen und Infrastruktur die Grundlagen für das Leben zukünftiger Generationen zu schaffen.

Liechtenstein befindet sich an einem Wendepunkt und muss wichtige politische Entscheidungen fällen, welche vor allem künftige Generationen betreffen. Wollen wir unseren Kindern die gleichen Chancen und Möglichkeiten hinterlassen, wie wir sie selbst vorfanden? Die Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei bejaht dies und präsentiert deshalb ein 6 Punkte-Programm für Liechtenstein für den Herbst 2009, welches im Rahmen einer Sommerklausur erarbeitet worden ist und in den einzelnen Positionen von Mehrheiten getragen wird. In Ergänzung zu den Vorstellungen der Wirtschaft und des Finanzplatzes, welche im Rahmen des Projektes Futuro formuliert wurde, braucht unser Land Sofortmassnahmen.

1. Finanzplatz:

Mit der Liechtenstein-Erklärung vom 12. März hat sich Liechtenstein zur Einhaltung der OECD-Standards im Steuerinformationsaustausch bekannt. Zudem wurde der Staatenwelt ein Angebot unterbreitet, über diesen Standard hinaus zu gehen, wenn Lösungen gefunden werden, die für alle Beteiligten von Vorteil sind.

Seit Jahren befindet sich der Finanzplatz in einem Transformationsprozess. Die Regierung Tschüscher versucht der internationalen Forderung nach effektiverem Steuerinformationsaustausch durch weitreichende Abkommen nachzukommen. Die Kritik der Marktteilnehmer am Vorgehen des Regierungschefs ist derzeit gross, weil bezweifelt wird, ob die Interessen Liechtensteins auch wirklich gewahrt bleiben. In diesem Zusammenhang sind insbesondere folgende Fragen zu klären: Wie gedenkt der Finanzminister die Steuerausfälle im Bereich der Kapital- und Ertragssteuer zu kompensieren? Wie können die bestehenden Geschäftsbeziehungen zumindest teilweise langfristig gesichert werden und wo sind die neuen Geschäftsfelder des Finanzplatzes Liechtenstein?

Nachdem der Regierungschef mit der Liechtenstein-Erklärung auf die Position des Altregierungschefs Otmar Hasler eingeschwenkt ist, hat er nach Ansicht verschiedener Marktteilnehmer in den Verhandlungen über das Ziel geschossen. Die Bürger erwarten zu Recht, dass die Vorstellungen, Perspektiven und Lösungsansätze für den Finanzplatz jetzt auch kommuniziert werden.

2. Wirtschaft:

Der beschriebene Transformationsprozess wird massive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Liechtenstein haben. Umso dringlicher sind deshalb die anstehenden Reformen umzusetzen.

Steuerreform:

Die Steuerreform ist noch 2010 umzusetzen und einzuführen. Sie darf bei der Einführung nicht geteilt werden in natürliche und juristische Personen. Der Wirtschaftsstandort braucht neue innovative Unternehmen und muss sich dem internationalen Wettbewerb stellen!

Arbeitsplätze:

Arbeit stiftet Sinn und ist ein Menschenrecht. Die Beschäftigung der in Liechtenstein lebenden Menschen muss deshalb vorrangiges Ziel der wirtschaftspolitischen Anstrengungen sein. Deshalb ist das Bildungssystem auf den wachsenden Bedarf an Fach- und Führungskräften auszurichten. Dort wo ein Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil erlangt, weil der heimische Arbeitsmarkt diese nicht bietet, brauchen wir ein Mehr an Flexibilität bei der Bewilligung zur Wohnsitznahme.

Unternehmensansiedelungen:

Liechtenstein braucht eine positive Grundeinstellung bei der Ansiedlung neuer, innovativer Unternehmen. Dort wo Wachstumschancen für den Standort entstehen, muss der Staat mit einer aktiven Politik in Erscheinung treten und eine Ansiedlung ermöglichen. Damit dies auch von Erfolg gekrönt wird, brauchen wir ein mehr an Flexibilität in der Raumnutzung und bei der Wohnsitznahme von Unternehmensgründern. Ziel aller Anstrengungen im Bereich der Unternehmensansiedlung sind Unternehmen mit einer hohen Wertschöpfungsquote. Der Charakter und die Identität des Landes sind bei all diesen Überlegungen zu wahren.

Mobilfunk:

Kommunikation ist die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Eine Anpassung der Grenzwerte bei nichtionischer Strahlung auf das Schweizer Niveau von 6,0 V/m ist deshalb notwendig.

3. Staatshaushalt:

Die Situation des Staatshaushaltes erfordert einen gesamtstaatlichen Kraftakt. Liechtenstein wird letztendlich nur mit einer wachstumsorientierten Finanzpolitik aus der aktuellen Schieflage kommen. Die Fortschrittliche Bürgerpartei setzt hier auf eine Doppelstrategie des Konsolidierens und Reformierens. Bei den Staatsausgaben ist aber vor allem der Regierungschef in seiner Funktion als Finanzminister gefordert, den Ankündigungen nun auch Taten folgen zu lassen und konkrete Vorschläge zur Stabilisierung des Staatshaushaltes vorzulegen. Ein Abbau der Staatsreserven ist auf lange Sicht keine Perspektive.

4. Gesundheit:

Die Gesundheitskosten steigen ständig. Die staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten sind zum Teil an ihrem Limit. Und die Spirale dreht sich weiter.

Die Sicherstellung der Finanzierung des Gesundheitssystems und die Stabilisierung der Lohnnebenkosten kann nur durch bedarfsgerechte Ausgestaltung des Leistungsangebots, durch Erhöhung der Transparenz und der Wirtschaftlichkeit bei der Leistungserbringung sowie durch Einführung von effizienten Wirtschaftlichkeitskontrollen gewährleistet werden.

Unsere Forderungen:

Maximale Kostensteigerung von 3%

Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen müssen in eine verträgliche Bandbreite gebracht werden. Aus diesem Grund wird ein Maximum bei der Kostensteigerung von 3% gefordert.

Transparenz

Leistungserbringer sind Wirtschaftsunternehmen, die versuchen, sich im Wettbewerb zu behaupten. Mehr Transparenz verstärkt hier einerseits den Wettbewerb und schärft andererseits das Kostenbewusstsein beim Leistungsempfänger und Leistungserbringer. Hierzu gehören monatliche Kostentransparenz für den Leistungsempfänger ebenso wie eine Publikation der anonymisierten Umsatztabelle der Leistungserbringer.

Tarifmoratorium

Eine Korrektur der Tarife, die zu zusätzlichen Kosten führt, ist abzulehnen.

Abzocker bekämpfen

In der engagierten Ärzteschaft tummeln sich auch schwarze Schafe, die nicht korrekt abrechnen und die unverhältnismässig hohen Umsatz generieren. Diese gilt es aufzudecken, weil sie den Ruf der Ärzte insgesamt nachhaltig schädigen.

5. Verkehr:

Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum, was in Kombination mit den zunehmenden individuellen Mobilitätsbedürfnissen und einem prognostizierten Bevölkerungswachstum zu einer deutlichen Zunahme der Mobilitätsansprüche führen wird.

Die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandortes hat für uns oberste Priorität. Wir sprechen uns deshalb bei der Umsetzung des „Mobilitätskonzeptes 2015“ für die Industriebetriebe Vaduz-Triesen und den Industriebetriebe Schaan aus.

Grenzüberschreitende verkehrstechnische Bauten, welche primär dem Transitverkehr dienen, lehnen wir konsequent ab. Grenzüberschreitende verkehrstechnische Bauten, welche nachweislich dem Ziel- und Quellverkehr nach Liechtenstein dienen und gleichzeitig die Immissionsbelastung der Bevölkerung vermindern, werden in Kooperation mit den Nachbarn bearbeitet.

6. Energie:

Im Zentrum unserer Energiepolitik steht die Sicherstellung der Eigenversorgung. Ohne eine sichere Energieversorgung stehen der gesamte Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität jedes Einzelnen zur Disposition. Aus diesem Grund ist die Energiepolitik Liechtensteins auf einen Energiemix auszurichten, der einerseits die bestehenden Realitäten nicht ignoriert und andererseits einen möglichst schonenden Umgang mit den bestehenden Ressourcen garantiert. Der Energiemix aus Wasserkraft, Sonnenenergie, Erdöl, Windenergie, Gas und Holz ermöglicht es, dass wir unabhängig von saisonalen Schwankungen die Versorgung sicherstellen können. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind auch Beteiligungen an Projekten im Ausland anzustreben, sofern Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden.

Vaduz, 28. August 2009